

Kommentar zur M-Diskussion

Gründe gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer (Normalsteuersatz)

Kritik der Vorschläge zur Erhöhung der Mehrwertsteuer (Normalsteuersatz): Belastung des privaten Konsums, des Handwerks und des von Großkundenaufträgen abhängigen Mittelstands

Die erwarteten Steuerausfälle auf der Basis der jüngsten Steuerschätzung erhöhen die Bereitschaft, den Normalsatz der Mehrwertsteuer von 16% um einen bzw. zwei Prozentpunkte zu erhöhen. Darüber hinaus kursieren – unabhängig von der aktuellen Notlage der öffentlichen Haushalte - Vorschläge, die die Mehreinnahmen aus einer Erhöhung der Mehrwertsteuer - bei zwei Prozentpunkten ca. 20 Mrd. € - zur Senkung der Sozialabgaben (Lohnnebenkosten) nutzen wollen.

Die Anhebung der Belastung durch die Mehrwertsteuer wäre Gift für die Konjunktur. Ihre Verwendung für die Senkung der Lohnnebenkosten würde vor allem den auf die Binnenwirtschaft ausgerichteten mittelständischen Unternehmen, dem Handwerk sowie dem Einzelhandel nicht helfen, da dadurch die Nachfrage und damit der Umsatz belastet würden.

Dazu folgende Hinweise im Einzelnen.

1. Die Mehrwertsteuer, die auch als allgemeine Umsatzsteuer titulierte wird, zielt darauf ab, die Belastung der gesamten Wertschöpfung über die Preise auf den Endverbrauch zu konzentrieren. Das Gesamtaufkommen lag einschließlich der Einfuhrumsatzsteuer 2004 bei knapp 140 Mrd. €, also 33% des gesamten Steueraufkommens). Soweit die Mehrwertsteuer über alle Stufen der Produktion auf den Endverbrauch durchgewälzt werden kann, führt die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes etwa um zwei Prozentpunkte auf 18 % zu einem Anstieg der Preise der mit diesem Normalsteuersatz belasteten Güter und Dienstleistungen des privaten Konsums. Zwar gelingt nicht die volle Überwälzung. In jedem Fall steigt jedoch die Inflationsrate in diesem Fall um ca. 1,5 Prozentpunkte. Reale Kaufkraft geht verloren. Am Ende wird also der ohnehin vor sich hindümpelnde Endverbrauch belastet. Diese realen

Kaufkraftverluste schwächen die Binnenkonjunktur und Ergiebigkeit dieser Steuererhöhung.

2. Der private Konsum wird zusätzlich über die dadurch ausgelöste Umverteilung der Nettoeinkommen belastet. Untere Einkommensschichten sind gezwungen, ihr gesamtes verfügbares Einkommen zu konsumieren, ja sogar Schulden aufzunehmen. Je besser jedoch die Position in der Einkommenshierarchie ausfällt, umso geringer ist der Anteil des privaten Konsums am verfügbaren Einkommen. – also spiegelbildlich steigt die Sparquote. Die relative Belastung mit Mehrwertsteuer nimmt mit wachsendem Einkommen ab. Diese Regressivität – im Unterschied zur Progressivität der Einkommensteuer – wird jedoch über die Differenzierung der Mehrwertsteuersätze abgeschwächt. Für wichtige Güter und Dienstleistungen, wie Wohnungsmieten sowie Arzt- und Bankdienstleistungen – wird auf eine Besteuerung komplett verzichtet (Nullsteuersatz). Innerhalb der privaten Haushalte genutzte Nahrungsmittel sowie Printprodukte werden mit dem ermäßigten Steuersatz von 7% besteuert. Davon profitieren die unteren Einkommensbezieher besonders. Denn bei deren Verwendung des gesamten Einkommens für den Konsum ist der Anteil der nicht bzw. niedrig besteuerten Güter und Dienstleistungen sehr hoch. Die Regressivität, d.h. eine sinkende relative Belastung mit Mehrwertsteuer bei den Spitzenverdienern, wird durch diese Differenzierung nur abgeschwächt. Insgesamt ist die trotz der Null- und 7%-Besteuerung verbleibende Regressivität jedoch nicht zu unterschätzen. Während das untere Zehntel der Haushalte durch die Mehrwertsteuer mit etwa 10% des Nettoeinkommens belastet wird, liegt die relative Belastung für das oberste Zehntel bei unter 6%. Durch die Anhebung des Normalsteuersatzes würde die Kaufkraft im unteren vor allem aber im mittleren Einkommensbereich eingeschränkt.

3. Vor allem von Großabnehmern abhängige Zulieferer verfügen nicht über die Macht, die erhöhte Mehrwertsteuer über eine entsprechende Preisanhebung an diese zu überwälzen. Wegen dieser Abhängigkeit (Lopez-Effekt) würden durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer die Kosten steigen und damit Gewinne reduziert bzw. die Verluste in der mittelständischen Wirtschaft zunehmen. Auch die Handwerker und der unter massivem Konkurrenzdruck stehende Einzelhandel würden erneut schwer belastet. Die Rechnungen des Handwerks würden steigen. Die Überwälzbarkeit ist heute schon ein Problem. Während der Einzelhandel kaum eine Möglichkeit hat, die Mehrwertsteuer zu übernehmen, ist damit zu rechnen, dass etwa Großanbieter nur einen Teil überwälzen. Erinnerung sei an die den Regeln fairer Preispolitik widersprechende Kampagne von „Mediamarkt“, die suggerierte, auf deren

Produkte würde die Mehrwertsteuer nicht mehr erhoben, weil sie die Belastung über die Preise nicht weiterwälzen.

4. Die behaupteten positiven Beschäftigungswirkungen des vorgeschlagenen Doppelschlags – Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung gesenkter Beiträge zur Sozialversicherung – sind theoretisch zweifelhaft und empirisch widerlegt. Dabei muss zwischen der Export- und Binnenwirtschaft unterschieden werden. Die Exportwirtschaft ist auf diesen Impuls nicht angewiesen. Denn die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft ist unbestritten. Übrigens, diese Strategie zusätzlicher internationaler Preisvorteile scheitert an den wachsenden Schwierigkeiten der Importländer, weitere Güter und Dienstleistungen aus Deutschland krisenfrei aufzunehmen. Dagegen bilden in der Binnenwirtschaft nicht die gesamten Lohnkosten, sondern die unzureichende effektive Nachfrage bildet die Entwicklungsbremse.

Abgesehen davon, dass, wie bereits erwähnt, die von Großabnehmern abhängigen, kleinen Unternehmen mangels Überwälzung auf höheren Kosten durch die Mehrwertsteuererhöhung sitzen bleiben würden. Schließlich gehört zu einer binnenwirtschaftlichen Wertung die Tatsache, dass die Sozialversicherungsbeiträge über die Finanzierung von Renten und andere Transfereinkommen ohne große zeitliche Verzögerung in konsumtive Nachfrage umgesetzt werden.
